

DIE GRÜNE MAMBA



Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

BILDUNG NEU DENKEN - in einer Reformschule für München

Die deutsche Bildungslandschaft ist geprägt vom Föderalismus und von schulischen Traditionen, die noch aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stammen: Kleinstaaterei, Halbtagschule, dreigliedriges Schulsystem und die Trennung von Schule und Kinder- und Jugendarbeit. Diese politischen Rahmenbedingungen und gewohnten Strukturen stehen in krassem Widerspruch zu den Anforderungen einer modernen, schnelllebigen und globalisierten Gesellschaft.

Große Bildungsdefizite sind die Folge, die PISA Ergebnisse haben es gezeigt. Dass es anders besser geht, zeigen Schulsysteme in Skandinavien und Kanada und seit Jahren Reformschulen in vielen deutschen Bundesländern. Bayern hat sich dem bisher völlig entzogen. Dies wollen wir Grüne im Stadtrat jetzt ändern und mit dem Aufbau einer Reformschule in München



Die Schule als Experimentierfeld (wie hier in Bielefeld) wäre auch für die Schulstadt München eine sinnvolle Einrichtung. Leider ist sie im Freistaat Bayern viel schwieriger zu verwirklichen als in NRW.

zeigen, dass eine andere Schule die bildungspolitischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer modernen Gesellschaft meistern kann. Deutschland spricht seit PISA über Bildung und deren Defizite. Es wird viel geredet, doch passiert ist wenig. Auch wenn Bayern im Ländervergleich am besten abschneidet, wird das Hauptproblem des deutschen Bildungssystems - die mangelnde Chancengerechtigkeit - weiter ignoriert. In keinem anderen Bundesland entscheidet die soziale Herkunft so stark über den Bildungserfolg. In Bayern haben Kinder aus einem reichen Elternhaus eine 6,7 mal größere Chance ein Gymnasium zu besuchen als Altersgenossen aus sozial schwachen Familien. Das ist ein

Skandal, denn Bildung ist der Schlüssel zum Erfolg in unserer Gesellschaft. Hauptziel der Reformschule muss es deshalb sein, die soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu reduzieren. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, andere organisatorische Strukturen zu schaffen, in denen neue pädagogische Konzepte und didaktisch-methodische Verfahren auch greifen können. Eine lange gemeinsame Schulzeit beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr bis zur 10. Klasse erscheint uns zielführend für den Bildungserfolg. In rhythmisiertem Ganztagsunterricht soll der Tagesablauf entwicklungsangemessen auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmt werden, wobei sich Lernzeiten, Zeiten für Entspannung so-

Was drin ist

Seite

Mangelware Chancengleichheit.....	4
Muslimische Schülerförderung.....	6
Lehren aus der Rütlihschule.....	7
Berufliche Bildung in München.....	8
Grüne Energiewende?.....	10
Die Würm-lebendiger Fluss.....	12
20 Jahre nach Tschernobyl.....	14

wie freie Zeiten in einem pädagogisch ausgewogenen Verhältnis abwechseln. Wir streben eine Schule an, die Kindern und Jugendlichen aller sozialen Bevölkerungsgruppen offen steht. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, dass Kinder aus unteren Statusgruppen und mit Migrationshintergrund eine Chance haben, diese Schule zu besuchen und in ihr gefördert zu werden. Der frühen Förderung der Kinder und der Sprachförderung kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

Verschiedenheit als Chance

Das Bayerische Bildungssystem mit seiner Dreigliedrigkeit geht von der Fiktion der Homogenität des Leistungs-niveaus in der Schule aus. Durch die Auslese nach der 4. Klasse sollen die Schülerinnen und Schüler auf die Schulen verteilt werden, die ihrer Begabung entsprechen. Doch das funktioniert nicht, denn jedes Kind ist anders und entwickelt sich anders. Man kann einem 10jährigen Kind nicht ansehen, wie es sich einmal entfalten wird. Die Folge der frühen Auslese ist, dass die Kinder oft überfordert, zugleich aber auch unterfordert sind. Lehrer bemühen sich zu wenig um die einzelnen Schüler, denn der Glaube an die Homogenität macht es leicht, ein vermeintlich nicht leistungsfähiges Kind auf eine andere Schule zu schicken. Ein Teufelskreis, dem man nur entgehen kann, wenn man Heterogenität als Chance begreift. Dies muss das zweite Leitziel der Reformschule sein.

Menschen sind verschieden und die Reformschule setzt darauf, diese Verschiedenheit zu akzeptieren und sie als Bereicherung der Gemeinschaft zu begreifen. Respekt vor dem anderen und der Andersartigkeit statt Diskriminierung sind die Leitmotive. Dazu gehört es auch, andere Kulturen und Lebensweisen kennenzulernen und zu respektieren.

In jahrgangsgemischten Gruppen lernen die Kinder mit- und voneinander, wechseln ständig die Rollen, können dadurch ihre individuellen Fähigkeiten besser entfalten und in die Gruppe ein-

7.50	Stillarbeit	Stillarbeit	Stillarbeit	Stillarbeit	Stillarbeit
9.25	vernetzter Unterricht	vernetzter Unterricht	vernetzter Unterricht	vernetzter Unterricht	vernetzter Unterricht
12	Essen	Essen	Essen	Essen	Essen
12.30	Freizeit	Freizeit	Freizeit	Freizeit	Freizeit
14 - 15.45	Wahlfächer	vernetzter Unterricht	vernetzter Unterricht	Wahlfächer	Wahlfächer

So könnte der Stundenplan einer Reforschule aussehen – hier der der Bodenseeschule.
 Stillarbeit: Die Schüler arbeiten selbständig in einer vorbereiteten Lernumgebung
 Vernetzter Unterricht: Ein Thema wie z.B. „die Erde“ oder „Wasser“ wird unter allen Aspekten behandelt - nicht im Fächerkanon
 Freizeitangebot: Sport, Handwerk, Spiel etc. begleitet von Lehrern
 Wahlfächer: pro Halbjahr fest gewählt, z.B. Gitarre, Kochen etc.

bringen. So wird der Konkurrenzdruck genommen und den Kindern Zeit gelassen, sich in ihrem individuellen Tempo zu entwickeln. Dies gilt vor allem für die ersten Jahre. Ob die Jahrgangsmischung bis zur 10. Klasse beibehalten werden soll, ist noch zu überlegen.

Im Mittelpunkt: die Individualität des Kindes

Nicht Auslese und Leistungsdruck bringen den größten Bildungserfolg. Wichtig ist es, Stärken zu stärken und Schwächen zu schwächen. Nicht die soziale Stellung und die elterliche Vor- und Nachsorge dürfen über den Lernerfolg bestimmen, sondern die individuellen Fähigkeiten müssen gefördert werden. Nur so wird jedem Kind die Chance zum Bildungserfolg eröffnet.

In offenen Unterrichtsformen können die Kinder ihren Neigungen und Interessen besser nachgehen, entsprechend ihren unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und Aufnahmetempi, sie können mit unterschiedlichem Material auf unterschiedlichem Niveau arbeiten. Projektlernen, Wochenplanarbeit, Werkstattunterricht etc. ermöglichen das Lernen in größeren Erfahrungsbereichen und das individuelle Eingehen auf die Lernbedürfnisse des Kindes. Der Lehrer wird zum Lernbegleiter. Er konzipiert und arrangiert die Lernumgebung, begleitet und beobachtet, analysiert und reflektiert die Lernwege. Er beobachtet die Schülerinnen und Schüler intensiv, diagnostiziert ihre Lernprobleme und entwickelt gezielte Förderpläne und Lernportfoli-

os für jedes einzelne Kind. Noten und Sitzenbleiben sind hier kontraproduktiv. Eine individuelle Leistungsfeststellung z.B. in Form von Lernfortschrittsberichten gibt Hinweise auf Defizite und Fördermöglichkeiten.

Trotz aller Besonderheiten muss die Reformschule sich aber auch in die bayerische Schullandschaft integrieren, damit die Kinder die Möglichkeit haben, in das reguläre Schulsystem einzusteigen. Dazu brauchen sie Abschlüsse und Übergangsregelungen (Kindergarten - Schule, Grundschule - weiterführende Schule). Die Reformschule muss schon vor ihrer Gründung Konzepte mit den jeweiligen Institutionen für den Übergang bzw. den Abschluss entwickeln.

Gelebte Demokratie

Schule darf sich in Zeiten der Globalisierung nicht auf Wissensvermittlung und Stärkung der individuellen Fähigkeiten reduzieren. Schule muss Kindern und Jugendlichen demokratische Grundfertigkeiten vermitteln. Teilhabe und Verantwortung sind Leitziele, die in der Schule vorgelebt und erlernt werden müssen. Dazu gehört es, dass die Reformschule finanziell selbständig handeln und auch selber entscheiden kann, wer an dieser Schule unterrichtet. Denn eine Schule, die die Individualität des Kindes in den Mittelpunkt stellt, braucht Lehrer, Pädagogen und Psychologen, die sich dieser Herausforderung stellen wollen. An Gymnasien und Realschulen ist die Bereitschaft auf Kinder individuell einzugehen bisher kaum gefragt, auch Grundschulen

Liebe Leserinnen und Leser,

ist man als Grüner eigentlich noch zeitgemäß, wenn man regiert? Wenigstens ein bisschen mitregiert in einer Großstadt? Der Grüne Zeitgeist steht dagegen: In Berlin tun sich unsere Bundespolitiker zwar noch schwer, sich in der neuen alten Rolle zurechtzufinden. Aber sie werden's wohl oder übel lernen müssen, unter den gestrengen Blicken der Basis. Im Landtag bleibt den Grünen sowieso nichts anderes übrig, da sind sie an die Oppositionsbänke festgeschmiedet, dürfen dafür aber reinen Grünen Wein einschenken.

Nur in der Münchner Kommunalpolitik bleiben uns die süßen Freuden des Opponierens vorenthalten. „Grün pur“ ist nicht angesagt, wo sich zwei Fraktionen in jahrelanger Zusammenarbeit gut aufeinander eingestellt haben und Konflikte meist weit im Vorfeld ausräumen oder, weil das nicht immer möglich ist, im gegenseitigen Einvernehmen öffentlich darstellen, um gleich danach zum friedlichen Koalitionsalltag zurückzukehren. Lautstarke Kritik am politischen Partner verbietet sich eben, wenn man nicht die Durchsetzungschancen der eigenen Politik beeinträchtigen will. Dabei könnte die Stadt eine grüne Opposition gut vertragen. Vieles, was die Grünen in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik oder in der manchmal recht bayerisch eingefärbten Ordnungspolitik „über sich ergehen lassen“ hätte eine klare und systematische Gegenposition verdient, unverwässert durch den Zwang zum Kompromiss.

Da ist es nur zu verständlich, wenn die Basis die Systemzwänge mal ignoriert, unter denen die Stadtratsfraktion steht, und „Grün pur“ einfordert.

Trotzdem: In 16 Jahren kann man so manches verlernen. Interessant wäre es schon, ob die Münchner Grünen die Oppositionsarbeit noch beherrschen. Aber nach Lage der Dinge werden wir es so schnell nicht beweisen müssen.

Markus Viellvoye

und Hauptschulen orientieren sich mehr an vorgegebenen Lernzielen als am Kind. Deshalb muss die Schule selbst entscheiden können, wer zum neuen Konzept und ins Team passt. Denn auch die Zusammenarbeit der Lehrer untereinander ist für das Gelingen der Reformschule maßgeblich.

Um die jungen Menschen auf die Gesellschaft vorzubereiten, soll die Schule als kleine Gesellschaft in der großen Gesellschaft gestaltet werden. Dazu bedarf es einer Schulkultur, die die Kinder und Jugendlichen mitreden lässt und ihnen auch Verantwortung überträgt. Mitbestimmung und Beteiligung der Schüler müssen in der Schule in eigenen Gremien und Strukturen verankert sein. Nur so können Schülerinnen und Schüler lernen, ihre Interessen zu artikulieren und Konflikte zu regeln. Teilhabe heißt aber auch kulturelle Teilhabe. Dazu gehört Theater, Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und das eigenverantwortliche Gestalten von schulischen Veranstaltungen.

Nicht zuletzt erfordert eine demokratische Schule auch die Kooperation mit den Eltern, die intensiv ins Schulleben eingebunden werden müssen.

Kooperation und Vernetzung nach außen

Schule ist keine Insel. Die moderne Schule muss sich ins Stadtviertel öffnen und vielfältig mit unterschiedlichsten Akteuren außerhalb der Schule kooperieren. Leitziel der Reformschule ist die vernetzte Schule in der Stadt.

Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, mit Kunst, Kultur, Medien, Wirtschaft und Wissenschaft sollen das Schulleben bereichern und auch den Unterricht der Lehrerinnen und Lehrer in der Ganztagschule zum Teil ersetzen. D.h., unterrichtet eine SozialpädagogIn, eine WissenschaftlerIn oder eine RedakteurIn, sind Lehrerinnen und Lehrer in der Regel nicht mehr anwesend, wie es bisher üblich war. Das spart Geld und stärkt die Wertigkeit der Unterrichtenden. Auch ist es notwendig, dass die Lehrerinnen und Lehrer und die kooperierenden Einrichtungen, Unternehmen und Institutionen auf gleichberechtigter Ebene im Kontext ganzheitlicher Bildung zusammenarbeiten. Im Klartext: Die Arbeit der LehrerInnen ist

nicht mehr wert als die Arbeit der unterrichtenden Sozialpädagogen, Künstler oder Handwerker.

Einsamer Leuchtturm oder grünes Signal?

Klingt alles toll, werden wahrscheinlich viele denken. Aber wäre diese Schule nicht ein einsamer Leuchtturm in der bayerischen Bildungslandschaft? Wollen wir eine Leuchtturmpolitik?

Ja, ich denke schon. München ist eine Schulstadt und wir haben dem Freistaat immer gezeigt, wohin Schule und Bildung sich entwickeln müssen. Das Kultusministerium hat in den letzten Jahren nachgezogen und beginnt, viele Münchner Ansätze und Forderungen im Bildungsbereich anzuerkennen und auch umzusetzen (Ganztagschulen, pädagogische Schulentwicklung, Modus 21...). Es wird Zeit, dass München wieder ein Zeichen setzt. Mit der Reformschule kann München – und damit vor allem rot-grün - beweisen, dass ein innovatives Bildungskonzept die bayerischen Defizite beheben kann. Davon bin ich überzeugt. Aber Glaube ist gut, Evaluation ist besser. Deshalb soll die Reformschule wissenschaftlich begleitet werden. Dazu haben wir schon erste Gespräche mit der LMU geführt. Aber was nützt uns ein Leuchtturm, der nichts auf andere Schulen übertragen kann? Wir denken an Vernetzung mit anderen Grundschulen und weiterführenden Schulen im Umfeld der Reformschule. Wünschenswert wäre auch die Übertragung und Umsetzung von Teilen der Modellinhalte auf Kooperationschulen. Der Standort der Schule wird noch eingehend diskutiert werden. Vorrangig ist jetzt erst einmal die Genehmigung durch den Freistaat. Eine große Hürde, denn die entscheidende Frage ist: Wird sich das Kultusministerium ein solches Ei ins eigene Nest legen? Wir hoffen darauf und vertrauen auch auf den Einfluss des Bildungspaktes Bayern und der bayerischen Wirtschaft, die innovativen Schulprojekten bisher sehr offen gegenüberstanden sind. Sollte sich das Kultusministerium dennoch querlegen, bliebe nur die Konstruktion einer Privatschule unter öffentlicher Trägerschaft der LH München – eine Lösung, über die noch diskutiert werden muss.

Sabine Krieger

CHANCENGLEICHHEIT - MANGELWARE AN DEUTSCHEN SCHULEN

Nur noch in Österreich und einigen Teilen der Schweiz werden Schülerinnen und Schüler ähnlich schnell und gründlich auf verschiedene Schublade verteilt wie in Deutschland. Das deutsche Schulsystem ist schier einzigartig!

Nun entspricht ja ein individueller Weg durchaus Grünen Vorstellungen, doch in diesem Fall können wir dem Alleinstellungsanspruch nichts Positives abgewinnen. Es ist zwar verständlich, dass Eltern, die nur unser bisheriges Schulsystem kennen, davor zurückschrecken, ihre Kinder dem nun den ganzen Tag auszusetzen. Doch wenn wir auch in Deutschland zeigen, was Schule alles sonst bieten kann, dann wird sich hier der Elternwille bestimmt bald ändern: In fast allen anderen Ländern dieser Welt geht es ja auch.

Bei allen Tests und internationalen Vergleichsstudien der letzten Jahre wurde deutlich, dass in kaum einem anderen Land die Abhängigkeit zwischen Elternhaus und Bildungschancen so ausgeprägt ist wie bei uns. Gerade erst wieder hat der UN Sonderberichterstatter Munos nach Überprüfung verschiedener deutscher Schulen (davon auch drei in München) die mangelnde Chancengleichheit in unserem Schulsystem deutlich kritisiert und sein Unverständnis darüber erklärt, dass die Bildung in Deutschland Ländersache ist und der Bund dadurch die Möglichkeit vergräbt, ein einheitliches Bildungsangebot zu garantieren.

Heilige Kühe der Bildungspolitik

Damit hat er gleich zwei heilige Kühe aufs Eis getrieben: einmal den Föderalismus, der zwar zur Zeit wieder mal diskutiert, aber – gerade im Bildungsbereich – nicht angetastet wird. Die wenigen Ansätze der Kultusministerkonferenz zu gemeinsamen Standards reichen nicht aus, um mehr Gerechtigkeit herzustellen.

Der zweite Kritikpunkt von Munos ist die frühe Selektion im dreigliedrigen Schulsystem Deutschlands. Auch da führen bisher alle bildungspolitischen

Diskussionen ins Leere. In Deutschland werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Schulsysteme nicht sachlich gegeneinander abgewogen, es wird nicht objektiv überprüft, was die Länder, die zu den „PISA Gewinnern“ zählen, Sinnvolles tun - nein, in Deutschland betrachtet man die Bildungslandschaft durch die Brille der Ideologie, und das macht inhaltliche Auseinandersetzungen so schwer. Dies schadet nicht nur dem dreigliedrigen System, das gerade bei uns in Bayern immer mehr zementiert wird und dessen Durchlässigkeit entgegen aller Kultusministerratsaussagen nicht besser wird. Es schadet auch den Gesamtschulen, die von der SPD in den 60er Jahren als Alternative eingeführt, aber seitdem nicht mehr kritisch evaluiert oder neu angepasst wurden, da sie als Rettung gegen die Härte der sozialen Selektion wie eine Monstranz vor sich her getragen wurden.

Länger gemeinsam lernen

Um so wichtiger sind daher die Beschlüsse der Grünen zur Einführung einer längeren gemeinsamen Schulzeit (am besten 10 Jahre). Durch die Zusammenfassung von Kindern mit verschiedenen Begabungen wird das Lernen in den Peergroups verstärkt, kindliche Potentiale gehen nicht so leicht verloren. Doch bis wir unsere Vorstellungen flächendeckend eingeführt haben (s. den oben stehenden Artikel über die Reformschule) läuft bestimmt noch viel Wasser die Isar hinunter. Deshalb versuchen wir immer wieder neue Konzepte zu entwickeln, damit die Kinder, die von zu Hause nicht das nötige Rüstzeug mitbekommen, trotzdem eine Chance erhalten, ihre Fähigkeiten zu entfalten.

Hauptpunkt der derzeitigen Diskussion ist die frühzeitige Sprachförderung. Dabei ist immer wieder von den Schwierigkeiten die Rede, die Kinder aus Migrantenfamilien in unsern Schulen haben. Dies lässt sich auch leicht belegen, wenn man sieht, wie wenige nicht Deutsch als Muttersprache beherrschende Kinder ein Gymnasium besuchen und wie viele auf der Hauptschu-

le landen und diese dann ohne Abschluss verlassen. Hier ist Gegensteuer notwendig. Auf Grüne Initiative wurden in den Kindergärten 50 interkulturelle Erzieherinnen eingestellt, die sich um Sprachförderung kümmern, aber vor allem auch Elternarbeit leisten und die Teams der Tagesstätten über kulturelle Unterschiede schulen. Auch der Übergang vom Kindergarten zur Schule wird heute besser vorbereitet. Erzieherinnen und Grundschullehrkräfte bieten gemeinsam Sprachkurse und andere Fördermaßnahmen an.

Die Kleinsten brauchen die beste Förderung

Unklar ist jedoch immer noch, wie die Kinder gefördert werden sollen, die keine Kindertagesstätte besuchen. Ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr könnte hier Abhilfe schaffen, wird aber nur sehr zögerlich diskutiert, da es für die Eltern kostenfrei wäre und vom Staat finanziert werden müsste. Der Vorstoß der neuen Familienministerin von der Leyen zur Abwälzung dieser Kosten auf die Kommunen macht klar, dass sie keine Ahnung von der schwierigen Finanzlage der Städte und Gemeinden hat.

Aus dem gleichen Grund scheitern derzeit die Überlegungen zur besseren Qualifizierung von ErzieherInnen über ein Hochschulstudium. Im PISA – Siegerland Finnland ist es selbstverständlich, dass die bestausgebildeten Pädagogen bei den Kleinsten eingesetzt werden. Das klingt auch logisch: wer sich in unserem Schulsystem trotz aller Widrigkeiten bis zur Kollegstufe vorgearbeitet hat, der müsste in der Lage sein eigenständig zu arbeiten. Es sind die Kleinen, die die beste Förderung brauchen, um nicht von Anfang an Misserfolge zu erleiden. Doch auch hier weiß niemand, wie das zu finanzieren ist.

Was uns derzeit in den vielen Diskussionen über Schulversagen und Sprachförderung Kopfzerbrechen bereitet, ist die sachlich nicht gerechtfertigte Reduzierung des Problems auf Migrantenkinder.

Es stimmt natürlich: die Chancen von

Migrantenkindern sind häufig schlecht. Es ist aber leider genauso richtig, dass immer mehr Kinder auch deutscher Familien nur einen so geringen Wortschatz haben, dass sie eine genauso intensive Sprachförderung benötigen. Ebenso verhält es sich mit den vielgerühmten Schlüsselqualifikationen: fehlende Einsicht zum Stellenwert eines sozialen Miteinanders und einer guten Schulausbildung ist keine Frage von Deutsch oder Nichtdeutsch, sondern von bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern. Deshalb wurde auf unseren Antrag hin in München die Zusammenarbeit zwi-

schen Kindertagesstätten und Erziehungsberatungsstellen verstärkt. In Kinderzentren werden die Eltern niedrigschwellige Unterstützung erhalten. In Beratungsgesprächen, Kochkursen, Elterncafé etc. wird ihnen ohne Druck der sinnvolle Umgang mit ihren Kindern demonstriert.

Wer Schulprobleme auf Integrationsprobleme reduziert, macht es den rechten Schreibern zu einfach, die immer nur fordern, dass sich die Ausländer gefälligst auf uns zu bewegen müssen. Und er diskriminiert die vielen Familien, die in unser Land kommen und alles unternehmen, damit ihre Kinder eine gute

Ausbildung bekommen und darin meist auch sehr erfolgreich sind.

Eine weitere Hilfe für die Kinder besteht in der Einführung von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung. Gerade Kinder, die von zu Hause wenig Anregung erhalten, brauchen mehr Angebote von der Schule. Dies kann aber nicht bedeuten, dass wir in Brennpunktgebieten Ganztagschulen anbieten und die Kinder der „ordentlichen“ Familien mittags heim „dürfen“. Der soziale Umgang miteinander und das Lernen voneinander ist für alle Kinder wichtig.

Wir bauen in München alle neuen Grundschulen mit Tagesheim und Hort aus und haben, wo immer es räumlich möglich war, auch in allen bestehenden Häusern ein Tagesangebot eingerichtet. In der Zwischenzeit hat auch der Freistaat die Notwendigkeit von Ganztagschulen erkannt, wenn auch erst sehr zögerlich. An einigen Hauptschulen wurden Ganztagsklassen eingeführt und, was uns besonders freut, seit diesem Schuljahr auch an drei Grundschulen.

In all unseren städtischen Realschulen gibt es eine pädagogische Nachmittagsbetreuung und einige haben sich auf den Weg zur rhythmisierten Ganztagschule begeben. Auch an den Gymnasien bewegt sich etwas: auch hier werden Schulen in rhythmisierter Form geführt, und durch den Druck der Schulzeitreduzierung werden sich noch mehr Schulen auf diesen Weg machen müssen, auch wenn der Philologenverband sich eigentlich gegen Veränderungen jeder Art verwehrt.

Der Bildungswissenschaftler Prof. Oelkers sagte auf einem Kongress zur ersten PISA Studie im Gasteig sinngemäß: „Es gibt nichts Veränderungsresistenteres als unser deutsches Schulsystem. Es hat das Ende des Kaiserreiches, die Weimarer Republik, zwei Weltkriege und alles, was danach kam, überstanden. Es wird auch die PISA Diskussion überstehen.“ Damals befürchtete ich, dass er recht haben könnte. Doch seit dem hat die Bildungspolitik in allen Medien einen wesentlich höheren Stellenwert bekommen. Es bewegt sich etwas an Deutschlands Schulen und vielleicht bekommen wir doch noch ein System, dass allen Schülerinnen und Schülern gerecht wird.

Jutta Koller

DIE SCHULSTADT MÜNCHEN IN ZAHLEN

Schulart	Schulen	SchülerInnen	AusländerInnen
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	317	112049	28132
davon staatliche	193	59590	
städtisch		24603	
private		26502	
der EU	1	1354	
Grundschulen	142	36 783	10 326
Hauptschulen	66	14865	7598
Sonderpädagogische Förderschulen	35	5603	1663
Realschulen	37	14347	2759
davon staatliche	4		
städtische	20		
private	13		
Gymnasien	48	34791	3580
davon staatlich	23		
städtische	14		
private	11		
Berufliche Schulen insgesamt	195	64754	
davon städtische	77	51487	
staatliche	16	2228	
private	93	10306	
andere	10	733	
Berufsschulen	36	42557	
Berufsfachschulen	87	9292	
Fachschulen	36	3086	
Fachoberschulen	10	3650	
Berufsoberschulen	4	1537	
Fachakademien	18	3011	

Nicht einzeln aufgeführt sind einige Schulen besonderer Art wie die Gesamtschule, die Orientierungsstufe, 2 Waldorfschulen, die 3 Schulen des 2. Bildungswegs und die 2 griechischen Lyzeen. Bei ausländischen SchülerInnen ist lediglich die Staatsbürgerschaft erfasst, nicht ob Migrationshintergrund besteht.

SCHÜLERFÖRDERUNG MIT GLAUBENSASPEKT

Die Ergebnisse der IGLU- und der PISA-Studien haben belegt, dass in keinem anderen europäischen Industrieland, mit Ausnahme von Ungarn und Belgien, der Bildungserfolg so stark vom Status der Eltern abhängig ist wie in Deutschland.

In diesem engen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg manifestiert sich insbesondere die Ausgrenzung von Migrantenkindern und -jugendlichen, deren Eltern sich - wie ihre eigenen Eltern, die ehemals für einfache Tätigkeiten angeworben wurden - nur eher selten aus gering bezahlten Berufsfeldern weiterentwickelt haben. Fast jeder fünfte Jugendliche mit ausländischem Pass verlässt in Deutschland die Schule ohne Abschluss - verglichen mit jedem zwölften deutschen Jugendlichen. Fast jedes zweite ausländische Kind besucht die Hauptschule - gegenüber jedem fünften deutschen Kind. Während jedes vierte deutsche Kind das Abitur schafft, gilt dies nur für jeden zehnten ausländischen Jugendlichen.

Seit diese aufrüttelnden Ergebnisse publik wurden, gehört es zu den wichtigsten Aufgaben der Integrationspo-

litik, Lösungen für diese Probleme zu entwickeln. Es ist allen Beteiligten klar, dass Bildungserfolge elementar sind, um Teilnahmekancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten und sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Dennoch hat die Förderung von Migrantenkindern bei weitem nicht die erwünschten und möglichen Erfolge gezeitigt. Besonders erschreckend ist, dass es nicht gelingt, die hier geborenen Migrantenkinder ins Bildungssystem zu integrieren.

Diese Tatsache ist mittlerweile auch vielen Migranteneltern bewusst. Aufgrund sprachlicher Barrieren und einem oft andersartigen Bildungssystem in den jeweiligen Herkunftsländern, bleibt die für die Migrantenkinder in Deutschland nötige schulische Förderung im Elternhaus größtenteils aus. Hinzu kommen fehlendes Wissen über die bestehenden Förderangebote und fehlende finanzielle Mittel, um die Kinder durch Nachhilfe in ihrem schulischen Fortkommen zu unterstützen.

Besonders erschwert wird die Lage für die Kinder dann, wenn zur fehlenden Förderung durch die Eltern soziale Probleme wie Arbeitslosigkeit - wovon Migranten am häufigsten betroffen sind - hinzukommen, häufig kombiniert mit familiären Problemen. Auch wenn

das deutsche Hilfesystem versucht, unterstützend zu wirken, kommen diese Hilfen häufig nicht bei den Betroffenen an, reichen nicht aus oder werden von den Familien nicht angenommen.

In den letzten Jahren ist verstärkt zu beobachten, dass traditionell eingestellte Familien, die zum Herkunftsland hin orientiert leben, gerne Hilfsangebote durch Vertreter der eigenen Glaubensrichtung in Deutschland annehmen. Hier sind insbesondere islamische Organisationen zu nennen, die in den letzten Jahren neben Altenarbeit und Familienberatung auch die Schulbildung

und Schulförderung als wichtiges Betätigungsfeld erkannt haben.

Der VIKZ (Verband Islamischer Kulturzentren) z.B. betreibt seit einigen Jahren in Giesing ein Schülerheim. Ein Mädchenschülerheim in Schrobenuhausen ist gerade im Entstehen. Der VIKZ ist ein 1973 gegründeter bundesweit operierender islamischer Dachverband mit Sitz in Köln. Er gilt als der drittgrößte türkisch-islamische Verband in Deutschland und wird als der am strengsten religiös ausgerichtete. Der VIKZ hat sich in den 90er Jahren gegenüber christlichen Kirchen sehr dialogbereit gezeigt, wobei diese Dialogbereitschaft zuletzt jedoch nachgelassen hat.

Bei einem Besuch der grünen Stadtratsfraktion in der Schülerbetreuung und im Schülerheim beschrieb der Vorstand des VIKZ München im Rahmen eines längeren Gesprächs das Schülerheim als integrativ, fördernd, lernorientiert und als sozial und schulisch erfolgreich. Der Integrationsbericht des Schülerheims des VIKZ bestätigt dies nochmals und betont bei seiner Berichterstattung den Kooperationsgedanken zwischen Schule, Eltern, Lehrern, Nachhilfelehrern und Sozialpädagogen. Der finanzielle Beitrag der Eltern zu dieser Schülerbetreuung ist sehr gering und richtet sich nach dem Einkommen der Eltern.

Der VIKZ in München bemüht sich sehr um den Kontakt zur Kommune und zur Kommunalpolitik. Die Kooperation mit örtlichen Jugendhilfeeinrichtungen, Vereinen etc. gehört zum Konzept des VIKZ. Einige Mitglieder des VIKZ sind auch Mitglieder des Ausländerbeirats der Stadt München. Der Vorstand der VIKZ war unserem Besuch gegenüber sehr aufgeschlossen. Dennoch kamen uns bei der Besichtigung der sterilen Räume, in denen die Kinder betreut werden, Zweifel, welche pädagogischen Grundsätze hier angewendet werden. Das Fehlen von Kinder- und Jugendbüchern, jeglicher Spielsachen, jugendtypischen Wandschmucks, kurz: einer kindgerechten Umgebung erweckt nicht den Eindruck, als ob Kinder hier optimal gefördert werden und ein Gefühl der Geborgenheit erfahren



Das Gebäude der VIKZ in Giesing

können. Erschreckend ist auch die Tatsache, dass die Schülerheime des VIKZ im Internet mit einer überwiegend negativen Berichterstattung behaftet sind.

Der VIKZ ist in einen Bereich vorgezogen, in dem die deutschen Schul-fördersysteme offensichtlich noch versagen. Konservativ islamische Migranteneltern mit geringem Einkommen haben derzeit keine große Auswahl, wenn sie ihr Kind entsprechend ihren Vorstellungen fördern lassen wollen. Wenn die Mehrheitsgesellschaft dieses Bedürfnis in guter „Deutschland ist kein Einwanderungsland“-Tradition weiterhin ignoriert, so besteht die akute Gefahr, dass in zunehmendem Maße unkontrolliert Betreuungsangebote geschaffen werden, deren Lerninhalte und pädagogische Methoden mit modernen

Bildungszielen kaum kompatibel sein werden.

Es liegt im Interesse der Mehrheitsgesellschaft, eine Situation zu vermeiden, in der für Migranteneltern mit religiös konservativen Vorstellungen nur noch der Schulbesuch ihres Kindes in der Türkei (bei Verwandten oder im Internat) als Ausweg in Frage kommt. Derart betreute Kinder laufen Gefahr, in ihren Integrationsbemühungen zu scheitern, ohne je eine Chance gehabt zu haben. Auch für diejenigen Migranteneltern, die sich zusätzlich zum schulischen Erfolg ihrer Kinder eine konservativ islamische (jedoch nicht islamistische) Erziehung wünschen, muss daher eine mit unserem westlich geprägten Lebensumfeld kompatible und dennoch auf die Wünsche und Vorstellungen der Migranteneltern eingehende

Förderlandschaft geschaffen werden. Es ist in jeglicher Hinsicht erforderlich, dass sich unsere Gesellschaft bemüht, Integration auch Sinne religiöser Pluralität ernst zu nehmen und eine Kinderbetreuung unter islamischen Vorzeichen zu ermöglichen. Je mehr sich die Gesellschaft in dieser Richtung engagiert, desto größer wird die Möglichkeit zum Dialog und zur Entwicklung eines Betreuungskonzepts, das nicht dumpfe Ängste befeuert, sondern durch einen gemeinsamen Entwicklungsprozess auf beiden Seiten herrschende Befürchtungen zu entkräften vermag.

Sedef Özakin

WAS UNS DIE DISKUSSION UM DIE RÜTLISCHULE LEHRT

Ein Aufschrei hallte im Januar 2006 durch Deutschland und wurde zum Symbol für das Niveau der Diskussion um die deutsche Integrationspolitik.

Eine Realschule in Berlin hatte es gewagt, neue Wege zu gehen, und beschlossen, Deutsch auf dem Schulhof verpflichtend einzuführen. Die Reaktion in der Öffentlichkeit war unglaublich. Eine gute Idee einer kleinen Schule, aus Sorge um ihre SchülerInnen geboren, wurde in aller Öffentlichkeit niedergemacht oder hochstilisiert, je nach politischer Glaubensrichtung. Dabei hatte es die Realschule in Berlin Wedding nur gut gemeint. Bei 90 % Ausländeranteil geht es darum, Wege gegen zunehmende Abschottung und Segregation zu finden. Außerdem ist eine gemeinsame Verkehrssprache ein Gebot der Höflichkeit und wichtig gegen Ausgrenzung in Klassen wie in Wedding, in der Kinder mit acht Muttersprachen zusammensitzen. Die allermeisten sprechen zu Hause kein Deutsch, sehen kein deutsches Fernsehen, lesen keine deutsche Zeitung. Doch ohne Deutsch haben sie in unserer Gesellschaft keine Chance.

Auch in München hat die Hanselmannschule in Milbertshofen, eine Hauptschule mit hohem Migrantenanteil, eine ähnliche Vereinbarung getroffen, freiwillig mit Zustimmung von Eltern Leh-

rerInnen und SchülerInnen. Strafen gibt es keine. Und trotzdem halten sich fast alle daran. Deutsch auf dem Schulhof allein kann das Sprachdefizit nicht lösen. Aber in Verbindung mit guten Sprach- und Integrationsangeboten wie in München kann es auf freiwilliger Basis eine Bereicherung für die Kinder sein.

Die Diskussion um „Deutsch auf dem Schulhof“ war gerade verraucht, da taucht ein neues emotionsgeladenes Thema auf: Gewalt an Schulen.

Die Union hat mal wieder die Ausländer als Schuldige ausgemacht. Eine Reduktion auf Ausländer und Sprachförderung geht jedoch völlig an der Vielschichtigkeit des Problems vorbei und bedient wieder nur Vorurteile und Ausgrenzung.

Hauptschulen innerstädtischer Milieus haben inzwischen eine Mischung von Schülern aus Migranten- und Sozialhilfefamilien. Arbeitslosigkeit und Armut bestimmen hier den Alltag. Weder die Umgebung noch die Schule eröffnen Kindern aus diesen Familien eine Perspektive. Wer es sich leisten kann und an der Bildung seiner Kinder interessiert ist, zieht weg oder schickt seine Kinder auf andere Schulen – so machen es auch viele Migrantenfamilien. Die meisten Pädagogen sind mit einem Schülerklientel, das zu Hause weder Respekt noch Anerkennung gelernt hat, völlig überfordert. Sie werden an den

Schulen mit Anforderungen konfrontiert, für die sie nicht ausgebildet sind. Schulen, die den Teufelskreis durchbrechen wollen, müssen deshalb andere Wege einschlagen, als es in deutschen Lehrplänen vorgesehen ist.

Am Anfang muss immer der gemeinsame Wille der Lehrer stehen, etwas zu ändern. Grundelemente jeder erfolgreichen Schule sind feste Regeln und die Wertschätzung der Kinder und Jugendlichen. Dazu bedarf es neuer, offener Unterrichtsformen (weg vom 45-Minuten-Fächertakt, Freiarbeit, vernetzter Unterricht, Projekt- und Werkstattunterricht). Die Schüler müssen im Mittelpunkt stehen. Da ist die frühe Selektion – in Bayern jetzt auch schon in der Grundschule durch die Förderklassen – natürlich absolut kontraproduktiv. Das ist kein Plädoyer gegen Sprachförderung, aber sie darf nicht die alleinige Lösung sein.

Eins muss uns die Diskussion lehren. Nicht die Ausländer sind das Problem, sondern das deutsche Verständnis von Pädagogik, das immer noch auf Selektion, Strafen, Ausgrenzung und reinen Leistungsdruck setzt anstatt Kinder nach ihren individuellen Stärken zu fördern. Daran müssen wir arbeiten.

Sabine Krieger

ZUR ZUKUNFT DER BERUFLICHEN BILDUNG IN MÜNCHEN

Die Zahl der AbgängerInnen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in München steigt kontinuierlich, während die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen sinkt. Vor allem gering Qualifizierte haben es schwer.

Die angespannte wirtschaftliche Entwicklung ist auch auf dem Münchner Ausbildungsmarkt zu spüren. Der Rückgang der Ausbildungsstellen zieht sich durch nahezu alle Branchen, am deutlichsten waren sie im Metall-, Elektro- und Baubereich, aber auch im IT-Bereich ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Diese Situation spiegelt sich auch in der Angebots-Nachfrage-Relation wider, die sich in den letzten Jahren verschlechtert hat: Auf 110 Stellen kommen in München ca. 105 Nachfragen. Erst nach 2010 wird die Nachfrage nach Ausbildungsstellen nachlassen. München bietet damit aber noch deutlich bessere Chancen als das restliche Bundesgebiet oder der Freistaat Bayern. Eine Ausnahme bildet der Ausbildungszuwachs bei den freien Berufen (Ärzten, Rechtsanwälten), sowie in der Versicherungsbranche und im Nahrungsmittelhandwerk. In diesem Bereich waren auch die meisten unbesetzten Ausbildungsstellen zu finden, die in den anderen Branchen stark zurückgegangen sind.

Dennoch entfallen in München 85% der abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf den Bereich Industrie und Handel und Handwerk (IHK-Bereich), die freien Berufe haben einen Anteil von 10% und alle übrigen Bereiche nur einen Anteil von 3%.

Ein zusätzliches Problem zur schwierigen wirtschaftlichen Lage sind die vielen Insolvenzen, die in jedem Fall auch eine Neuvermittlung der Azubis nötig machen.

Betrachtet man die Zahl der nicht vermittelten BewerberInnen, zeigt sich, dass es auch für SchülerInnen mit mittlerem Schulabschluss immer schwerer wird, einen Ausbildungsplatz zu finden. Nach Auskunft des Arbeitsamtes liegt das an einer deutlichen Verringerung der begehrten Lehrstellenangebote im

Hochtechnologiebereich sowie in den Handels- und Büroberufen. Dennoch hat München eine große Bedeutung als überregional attraktiver Ausbildungsmarkt: Ca. 12% der Ausbildungsplätze werden von Einpendlern besetzt, insbesondere aus den neuen Bundesländern.

Mobilität ist ein Faktor mit wachsender Bedeutung auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für Jugendliche. Es ist nicht verwunderlich, dass die Mobilitätsbereitschaft der Auszubildenden aus den neuen Bundesländern deutlich höher ist. Knapp 20% der SchulabgängerInnen aus den neuen Bundesländern gaben an, dass sie ihren Wohnsitz wegen des Ausbildungsplatzes gewechselt haben.

Zählebige Geschlechterrollen

Der am häufigsten gewählte Beruf im Arbeitsamtsbezirk München ist der/die Bankkaufmann/-frau, gefolgt von zwei weiteren kaufmännischen Berufen, Bürokaufmann/-frau und Kaufmann/-frau im Einzelhandel. An vierter Stelle steht die IT Branche.

Die geschlechtsspezifische Segmentierung des Ausbildungsmarktes hat sich nicht entscheidend verändert. Die meisten jungen Frauen lassen sich nach wie vor in überwiegend weiblich besetzten

Berufen mit einem Frauenanteil von über 60% ausbilden. Kaufmännische Berufe werden am stärksten ausgewählt, an fünfter Stelle steht der Friseurberuf, stark nachgefragt sind auch die Arzthelferin und Rechtsanwaltsgehilfin. Immerhin ist der Frauenanteil im Handwerk (Kraftfahrzeugmechanik, Tischlerei, Malerei, Metall- und Elektroberufe) auf 9%

gestiegen – in den 70er Jahren lag er noch bei nahezu Null.

Männliche Auszubildende wählen in München am häufigsten eine Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechaniker, danach folgen kaufmännische und gewerbliche Berufe und die IT-Berufe.

Außerhalb des dualen Systems kommt den rein schulischen Formen der Berufsausbildung große Bedeutung zu, dazu gehören die Berufsfachschulen (z.B. Graphik und Werbung, Fremdsprachenberufe, Hauswirtschaft, Sozialpflege, Kinderpflege) und als Hauptgruppe dieser Schulen die Schulen für Berufe im Gesundheitswesen. In München gibt es 41 Berufsfachschulen und weitere 30 Berufsfachschulen des Gesundheitswesens. Zugangsvoraussetzung ist in der Regel ein Haupt- bzw. Realschulabschluss, häufig auch eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Bei den Berufsfachschulen des Gesundheitswesens ist der Anteil der weiblichen Auszubildenden traditionell sehr hoch. Männliche Absolventen sind hier nur mit 20% vertreten. Insgesamt ist die schulische Berufsausbildung nach wie vor eine Domäne der Mädchen und jungen Frauen, für sie besitzt sie große Bedeutung.

Bei der beruflichen Erstausbildung muss die Situation der MigrantInnen gesondert betrachtet werden. Der Anteil der MigrantInnen im dualen Sys-



Der Friseurin hält sich hartnäckig in der Beliebtheitsskala

tem beträgt in München 13%. Die Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien bilden die größte Gruppe, gefolgt von den Jugendlichen türkischer Herkunft. Die Verteilung auf die Berufsparten zeigt bei MigrantInnen ein ähnliches Bild wie bei den deutschen Auszubildenden, allerdings weniger breit aufgefächert, wofür Schwierigkeiten bei der schulischen Qualifikation offensichtlich mitverantwortlich sind.

Ein Ansatzpunkt um die Situation von MigrantInnen zu verbessern, ist die Akquise ausländischer Betriebe für die Ausbildung, denn diese beteiligen sich nur unterdurchschnittlich am System der dualen Berufsausbildung. München bemüht sich daher zusammen mit der Arbeitsagentur und dem Ausländerbeirat darum, ausländische Arbeitgeber zu gewinnen. Hierzu wurde die Beratungsstelle Mova gegründet, die nicht nur Akquise betreibt, sondern die Betriebe auch betreut. Das Projekt konnte bereits 70 neue Ausbildungsbetriebe gewinnen.

Allgemein gibt es unvermindert ein hohes Interesse an der betrieblichen Berufsausbildung, das allerdings nachlässt, je eher ein Studium eine realistische Bildungsperspektive darstellt. Der Wunsch nach einer Lehre direkt nach dem Schulende ist bei den studienberechtigten SchulabgängerInnen immer weiter zurückgegangen.

Schwierige Lage für gering Qualifizierte

Ein besonderes Augenmerk verdient die Situation von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss, denn der Erwerb des Schulabschlusses und einer beruflichen Qualifikation ist entscheidend für den späteren sozialen Status und beruflichen Chancen. Eine sozialstaatliche Bildungspolitik muss es sich daher zur Aufgabe machen, für diese Jugendlichen Förderungs- und Qualifizierungsangebote bereitzustellen.

Den Haupt- und sonderpädagogischen Schulen gelingt es nicht mehr, den Jugendlichen die notwendigen Voraussetzungen für eine Ausbildung zu vermitteln. Darüber hinaus sind die einfachen (allgemeinbildenden) Schulabschlüsse in den letzten Jahrzehnten entwertet worden: die Anforderungsprofile in Ausbildung und Beruf haben sich erhöht. Vor allem der Abbau von Arbeitsplätzen in der industriellen Fertigung

ging zu Lasten der Un- und Angelernten – es gibt daher immer weniger Arbeitsplätze ohne besondere Qualifikationsanforderungen.

In München verlassen rund 10 % der SchülerInnen aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen die Schule ohne Hauptschulabschluss. Mehr als die Hälfte davon sind MigrantInnen. Ohne eine zusätzliche Unterstützung und Qualifizierung haben diese Jugendliche nur geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz. Für sie gibt es in München ein breites Angebot zum Nachholen von Schulabschlüssen und spezielle Förderinstrumente.

Münchner Förderprojekte

Dazu gehört die Schulsozialarbeit, die sozial benachteiligte und individuell beeinträchtigte Kinder und Jugendlichen berät, beim Übergang von Schule zum Beruf hilft und freizeitpädagogische Angebote macht.

Das Kooperationsprojekt ÜSA (Übergang Schule-Arbeitswelt), berät und betreut Jugendliche, die von der Berufsschulsozialarbeit nicht mehr erreicht werden können. Sie haben nicht selten ein Sucht- oder Gewaltproblem und es mangelt ihnen an Konfliktfähigkeit. Bußgeldverfahren und drohende Bußgeldbescheide wegen dauernden Schuleschwänzens sind Anlass zur Kontaktaufnahme. Dann werden individuelle Hilfe- und Förderpläne aufgestellt, es folgen Bewerbungstraining, Begleitung bei Amtsbesuchen, Unterstützung bei Antragsstellung und Vermittlung in Ausbildung.

Auch das Modellprojekt „Jugendbörse“ entwickelt Konzepte, mit deren Hilfe SchülerInnen beim Übergang von Schule in die Berufsausbildung unterstützt werden können. Wichtige Themenfelder sind Berufsorientierung, Berufswahl, Bewerbungstraining und Praktikumsplatz.

Ein weiteres Instrument sind die Praxisklassen an den Hauptschulen, die den SchülerInnen den Übergang in ein weiterführendes Bildungsangebot bzw. Ausbildungsangebot ermöglichen sollen. Der Praxisblock besteht aus drei Phasen: Vorbereitung und Orientierung, praktische Betriebserfahrung und Übergangsblock.

Ein fester Bestandteil der beruflichen und sozialen Integrationsförderung in München sind auch die Maßnahmen

der Berufsbezogenen Jugendhilfe (BBJH). Das Angebot der BBJH richtet sich an benachteiligte junge Menschen, die nicht über die persönlichen Voraussetzungen verfügen, um den auf dem allgemeinen Arbeits- und Ausbildungsmarkt gestellten Forderungen gerecht zu werden, und für die andere Maßnahmen nicht in Betracht kommen. Für sie gibt es spezielle Ausbildungsbetriebe, die eine individuelle Betreuung gewährleisten.

Darüber hinaus bemüht sich München mit speziellen Förderinstrumenten die Chancengleichheit von Mädchen und jungen Frauen zu verbessern. Denn trotz einer im Vergleich zu männlichen Schulabgängern besseren Vorqualifikation haben junge Frauen besonders in technischen und gewerblichen Berufen nicht die gleichen Chancen. Die Stadt setzt daher gezielt auf Projekte wie „Agentur Mädchen in Wissenschaft und Technik“, wo das Interesse für technische Berufe geweckt und Selbstvertrauen aufgebaut werden soll. Der „Girl's Day“ hat sich in München seit Jahren etabliert, ebenso wie der Berufsorientierungstag für Mädchen und junge Frauen des Kreisjugendringes in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur.

Für die Zukunft der beruflichen Erstausbildung in München wird der Dienstleistungsbereich eine große Rolle spielen. Hier werden in den kommenden Jahren zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Nach einer Erwerbstätigenprognose der Prognos AG für die Stadt München und die Region München werden 2015 nur noch 18% der Erwerbstätigen im produzierenden Sektor, dagegen 82 % im Dienstleistungssektor beschäftigt sein. Allerdings werden auch hier vor allem mittlere und hohe Qualifikation erforderlich sein, einfache Tätigkeiten werden immer weniger nachgefragt.

Für die Bildungs- und Ausbildungspolitik der kommenden Jahre wird es daher die Herausforderung sein, die schulische Ausbildung auf diese Entwicklung einzustellen und vor allem Sonderprogramme und Fördermaßnahmen weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Lydia Dietrich

WO BLEIBT DIE GRÜNE ENERGIEWENDE?

Mit kleinen Schritten zu hoch gesteckten Zielen

München hat sich schon lange den Schutz des Klimas zur Aufgabe gemacht. Im Klima-Bündnis-Manifest von 1990 hat sich die Stadt zu einer Reduktion ihrer CO₂-Emissionen um 30% bis zum Jahr 2005 und um 50% bis zum Jahr 2010 gegenüber dem Stand von 1987 verpflichtet.

Konsequent ist die Stadt allerdings nicht geblieben. Die letzten aktuellen Zahlen zeigen, dass bis zum Jahr 2000 nur eine Reduktion von knapp 7% erreicht wurde. Bis 2010 kalkuliert eine Studie des Öko-Instituts Freiburg für München einen Rückgang von knapp 14%, sollte alles mehr oder weniger so weitergehen wie bisher. Bei Berücksichtigung der Stilllegung des Kernkraftwerks Isar II – was 2020 ansteht – werden sogar annähernd die Emissionswerte von 1987 erreicht.

In Anbetracht dieser Zahlen stellt sich die Frage nach den Resultaten und Perspektiven Grüner Energiepolitik in München. Fast die Hälfte der Emissionen des Jahres 2000 entfällt auf die Bereitstellung von Strom und Fernwärme und liegt damit in den Händen der SWM. In einem Kooperationsvertrag zwischen der Stadt und ihren Stadtwerken sind hehre energiepolitische Leitziele verankert: Sparsamer, rationeller und umweltschonender Einsatz von Energie, ein hoher Anteil an Stromeigenerzeugung, ein möglichst hoher Anteil von Kraft-Wärme-Kopplung, der vermehrte Einsatz regenerativer Energieträger und die langfristige Reduzierung des aus Kernenergie stammenden Stroms. Doch wurden diese Ziele bisher kaum auf ihre Umsetzung geprüft. Jahrelang hat die grüne Stadtratsfraktion darum gekämpft, die vereinbarten energiepolitischen Ziele auch tatsächlich zu erfassen und Zielkennwerte festzusetzen. Seit 2001 existiert nun ein effektives Leistungscontrolling bei den Stadtwerken, das neben den rein betriebswirtschaftlichen Zahlen auch die Parameter der im Kooperationsvertrag vereinbarten Ziele darstellt - ein kleiner Erfolg.

Positiv zu bewerten ist, dass ca. 60% des erzeugten Stroms in Kraft-Wärme-Kopplung produziert wird. Bei den regenerativen Energien sind die SWM

dagegen sehr zurückhaltend. Rechnet man die Schwankungen der Wasserkraft heraus – das größte Potential im Bereich der Regenerativen - ist die Gesamtsumme der erzeugten Gigawattstunden von 1998 an nahezu gleich geblieben. Der Anteil an der Stromeigenerzeugung liegt derzeit bei nur 4,5%. Viele Bemühungen, die Stadtwerke zu mehr Engagement im Bereich der erneuerbaren Energien zu bringen sind gescheitert. Viele Gespräche fanden statt, Anträge wurden gestellt, aber Ergebnisse sind nur wenige zu sehen. Einziges erkennbares Engagement sind zurzeit Voruntersuchungen zur geothermischen Nutzung – überwiegend außerhalb des Stadtgebietes von München - und Pläne für ein Wasserkraftwerk am Praterwehr.

Eine nennenswerte Reduktion des Treibhausgases CO₂ in München ist aber nur erreichbar, wenn die Stadtwerke bei der Stromerzeugung neue Wege einschlagen. Das Öko-Institut Freiburg schlägt vor, ca. 10% der fossilen Brennstoffe durch biogene Brennstoffe zu ersetzen und die Stromerzeugung aus Wasserkraft um 12% zu steigern. Zusätzlich müssten noch 15 MWp an Solarstromnutzung hinzukommen. Das erscheint derzeit noch relativ unrealistisch und hängt sicherlich auch von den nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen sowie den Weltmarktpreisen für Öl- und Gas ab.

Konkret kämpfen die Grünen für ein-

zelne Projekte im Stadtgebiet. Zum Beispiel für ein Biomassekraftwerk zur Nahversorgung im neuen Siedlungsgebiet Freiham, für eine generelle Regelung der Biogaseinspeisung ins Erdgasnetz der SWM und um den Ausbau der restlichen erneuerbaren Energieträger wie Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie. Die Vision ist, die Atomstromkapazitäten nach Abschaltung von Isar II langfristig durch regenerative Energieträger zu ersetzen.

Neben einem Paradigmenwechsel bei der Energieerzeugung sind natürlich vor allem die privaten Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe gefordert, den Energieverbrauch einzuschränken, um die nötigen CO₂-Einsparungen zu erreichen. Auf privater Ebene ist in München schon viel geschehen. Förderprogramme und Beratungsangebote (z.B. Bauzentrum) haben privates Engagement unterstützt.

So konnten 2004 alleine durch das städtische Förderprogramm Energieeinsparung 17.100 MWh an Primärenergie eingespart werden. Seit Programmbeginn kumulieren die CO₂-Einsparungen auf über 305.000 t.

Dreh- und Angelpunkt bei der Reduktion des Energieverbrauchs ist die Raumwärme. Hier liegen die größten Einsparpotentiale. Die Grünen haben daher die energetischen Konzepte in Neubaugebieten und die Sanierung von Altbauten zu einem politischen Schwerpunkt gemacht und schon zahl-



Photovoltaik-Anlage auf dem Dach einer Schule in Haidhausen

reiche Anträge gestellt. So wird in München noch nicht die durch das neue Baugesetzbuch geschaffene Möglichkeit genutzt, im Bebauungsplan Vorschriften zur Energieversorgung wie z.B. Solarenergie zu treffen. Momentan verweigert sich das zuständige Planungsreferat.

Noch schwieriger gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Das Engagement im Bereich energetische Sanierung tendiert – mit Ausnahme einiger Vorzeigeprojekte – gegen Null. Trotz steigender Öl- und Gaspreise halten es die Wohnungsbaugesellschaften immer noch nicht für vertretbar, energetische Maßnahmen über die gesetzlichen Vorgaben hinaus durchzuführen. Hier hilft wohl nur „steter Tropfen“.

Will man die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 tatsächlich halbieren, kommt man an drastischen Maßnahmen nicht vorbei. Den größten Anteil müssten dabei mit 60% der eingesparten Emissionen die Haushalte tragen. So soll der durchschnittliche Heizenergiebedarf in Wohngebäuden bis 2030 auf 95 kWh(m²*/a) (Referenzjahr 2000: 148 kWh(m²*/a)) sinken. Dazu müsste der Sanierungszyklus der Wohngebäude um ca. 40 Jahre verkürzt werden, Neubauten und Sanierungen müssten die Vorgaben der Energieeinsparverordnung (EnEV) deutlich unterschreiten. Aktuelle Grüne Anträge fordern daher ein Handlungskonzept für eine Energieeinsparung von 30% in 30 Jahren und die Entwicklung eines Münchner Sanierungsstandards über die Vorgaben der EnEV hinaus. Außerdem wer-

den die städtischen Wohnungsbaugesellschaften aufgefordert, den Münchner Sanierungsstandard anzuwenden und bei 25% ihrer Wohnungen einen Standard darüber hinaus umzusetzen. Fazit: Eine konsequente Abkehr von der bisherigen Praxis ist in München nicht in Sicht. Die globalen Klimaveränderungen zeigen, dass wir die Verantwortung zum bewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen ernster als bisher nehmen müssen. Doch eingefahrene Strukturen ändern sich nicht von heute auf morgen. Wir haben allerdings einige Schritte in die richtige Richtung gemacht.

Sabine Gehring

VERKEHRSENTWICKLUNGSPLAN MÜNCHEN BESCHLOSSEN

In der Vollversammlung vom 15. März 2006 wurde der Verkehrsentwicklungsplan (VEP) München nach über 5-jähriger Diskussionsphase beschlossen. Die Vorschläge im VEP sind sicherlich keine grünen Meilensteine, aber in der Abstimmung konnten wir einige grüne bzw. rot-grüne Duftmarken in dem Sammelsurium an Maßnahmen setzen.

In den unzähligen Diskussionen zum VEP, die wir grün-intern und mit den Verkehrs- und Umweltinitiativen seit 1999 zu dem Werk geführt haben, wurde u.a. Kritik am Duktus des VEP laut, dass man sich dem Verkehrswachstum hilflos ergibt und keine Ziele mehr in Richtung Verlagerung auf den Umweltverbund erkennt. Um dem resignativen Duktus etwas entgegenzusetzen, ohne den ganzen VEP umschreiben zu müssen, fügten wir mit einem rot-grünen Änderungsantrag eine eigene Stadtratsbewertung hinzu, die die wichtigsten Ziele und Folgerungen herausstellt. An diese Bewertung wurde natürlich der rote Hobel angesetzt, sie zeigt aber dass die rot-grüne Stadtratsmehrheit am Ziel der Verlagerung auf den Umweltverbund festhält.

Zu den Einzelmaßnahmen waren die Verhandlungen mit der SPD erstaunlich erfolgreich. Viele Straßen im Umland sieht die SPD ebenfalls kritisch. Für diese Straßen führten wir mit dem Änderungsantrag eine neue Kategorie „nachrichtlich übernommen“ ein, die

zeigen soll, dass mit der Aufnahme im Plan noch keine positive Bewertung verbunden ist. Zu einzelnen dieser Umlandstraßen haben wir zudem ergänzende ablehnende Kommentare abgegeben, z.B. FFB 11 oder Verlängerung der Staatsstraße 2063-neu (Umfahrung Gräfelfing, Planegg) nach Norden. Darüber hinaus wurden die Johanneskirchner Spange, der Ausbau des Isarrings (Mittlerer Ring am Englischen Garten) sowie die optionale Untertunnelung der Tegernseer Landstraße ganz gestrichen und weitere Straßen aus der Kategorie „geplant“ in die Kategorie „optional“ verschoben. Nachdem wir in den Verhandlungen mit der SPD erfreulich erfolgreich waren, stimmte die grün-rosa Stadtratsfraktion dem gesamten VEP mit diesen Änderungen zu, auch wenn wir die Kröten Stäblistraße und Südanbindung Perlach schlucken mussten. Ein eigener grüner Änderungsantrag, der diese beiden Straßen ablehnt, fand wie zu erwarten keine Mehrheit.

Nicht zuletzt wurden auf Anregung der Grünen zwei kleine Änderungen für den ÖPNV aufgenommen: die U-Bahn Verlängerung nach Englschalking soll alternativ als Tram untersucht werden; außerdem soll eine Option auf eine Tramtrasse nach Johanneskirchen dargestellt werden.

Bei den insgesamt recht positiven Verhandlungen mit der SPD zum VEP ha-

ben sich zwei Bereiche ergeben, bei denen noch sehr dicke Bretter zu bohren sind. Zum einen das VEP-Thema „straßenräumliche Verträglichkeit“. Für uns ein positiver Ansatz, einige Hauptstraßen innerhalb des Mittleren Ringes fußgänger- und radlfreundlicher zu gestalten. Hier scheut die SPD den Konflikt mit dem Autoverkehr. Während wir diese Ideen eher noch konkretisieren wollten, setzte sich die SPD durch, die Formulierungen vom Planungsreferat etwas abzuschwächen. Darüber hinaus wird das Thema Fußverkehr bei der SPD weiterhin als absolut lächerlich betrachtet. Wenn, dann sollen sich die Bezirksausschüsse mit einzelnen Gehwegnasen herumschlagen. Gerade diese Bereiche sind für uns aber wichtige Handlungsfelder, um den Rad- und Fußverkehr zu fördern und die Stadt lebenswerter zu gestalten.

A propos Radverkehr: der wurde im VEP nicht vergessen. Die wesentlichen Planungen, die auch detaillierter als die VEP-Maßstandesebene sind, wurden aber mit dem VEP-Rad, dem Realisierungsnetz Radverkehr und dem Fahrradstellplatzkonzept schon vorher beschlossen und im Rahmen des VEP bekräftigt.

Alexandra Weiß

DIE WÜRM - LEBENDIGE FLUSSLANDSCHAFT IN DER STADT

Im Vorfeld der letzten Kommunalwahl ergriffen Die Grünen die Initiative um den zweitgrößten Fluss in München naturnäher zu gestalten und für die Naherholung besser nutzbar zu machen. Mittlerweile sind einige Projekte auf den Weg gebracht.

Die Namensgeberin der jüngsten Eiszeit hat die Siedlungsentwicklung im Münchner Westen maßgeblich geprägt. Obwohl die dicht heranrückende Bebauung und belastetes Wasser die Würm und ihre Aue stark beeinträchtigen, ist der Grünzug beliebtes Erholungsziel und wertvoll für die ökologische Vernetzung. Daher verwundert es nicht, dass sich die Bürger/-innen vor Ort für die Würm stark machen. U.a. Naturschutzverbände und die lokalen Agenda 21-Gruppen engagieren sich für Verbesserungen, haben für Verwaltung und Politik wertvolles Wissen angesammelt und die Würm wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt.

Den Grünzug in Fahrt bringen

Der Würmgrünzug ist einer von 14 Grünzügen in München, die nach einem Programm der Stadt München aus dem Jahr 1992 langfristig ausgebaut werden sollen. Vor allem aufgrund fehlender städtischer Grundstücke und mangelndem öffentlichen Interesse für die städtischen Projekte geht der Ausbau allerdings nur schleppend voran. Im Rahmen des Bündnisses für Ökologie, Leitprojekt „Den Grünzug in Fahrt bringen“, kam wieder etwas Schwung in das Projekt. Wenn auch nicht, wie erhofft, dauerhaft neue Bündnispartner oder Sponsoren gewonnen werden konnten, so wurden doch vor Ort die Bürger/-innen aktiv und erzeugten einen gewissen Handlungsdruck. Dieser Druck war zusammen mit der BUGA, bei der auch die Würm als dezentrales Grünprojekt präsentiert wurde, sicher ein Katalysator für einige konkrete Maßnahmen, die u.a. von der grün-rosa Stadtratsfraktion beantragt worden waren.

Im August 2001 beantragte die Grüne

Stadtratsfraktion ein Konzept für die Aufwertung des Würmgrünzugs, und im Januar 2002 griffen wir mit einem Antragspaket konkrete Ideen von vor Ort auf. Einige dieser Anträge wurden mittlerweile positiv im Stadtrat behandelt.

■ Im Auftrag des Baureferates hat ein Landschaftsplanungsbüro ein **Struktur- und Maßnahmenkonzept für die Würm** erstellt. In dem Konzept werden einige Entwicklungsschwerpunkte mit guten Aufwertungsmöglichkeiten genannt. Der Stadtrat beauftragte die Verwaltung im Sommer 2005, diese Schwerpunkte auszuarbeiten. Diese Konkretisierung steht noch aus.

■ Nach dem selben Stadtratsbeschluss soll die **Aufwertung der Grünfläche am Manzingerweg im Pasinger Zentrum** durch das Baureferat vorbereitet werden. Dabei wird derzeit leider das Gebäude auf der Freifläche ausgespart, das mit einer gastronomischen oder sonstigen öffentlichen Nutzung die Fläche beleben könnte, da das Gebäude nur zu Hälfte der Stadt gehört und die andere Grundstückseignerin nicht zu Verhandlungen bereit ist.

■ **Renaturierung in Obermenzing:** Eigentlich sollte aufgrund unseres Antrages bis zur BUGA 2005 ein mind. 150 m langes Teilstück der Würm an der Mergenthalerstraße renaturiert

werden. Aufgrund von massiven Protesten von Bürger/-innen vor Ort, denen sich leider auch mehrheitlich der BA anschloss, die u.a. Mückenplagen, hohe Grundwasserstände, aber auch mehr Erholungssuchende im Grünzug fürchten, verzögerte sich die Umsetzung, obwohl Pläne und auch Gelder bereit stehen. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, wird nun eine Genehmigung über ein Planfeststellungsverfahren im Sommer 2006 vorbereitet. Wenn es keine größeren Einwände gäbe, könnte im Winter 2006/2007 gebaut werden; vermutlich wird sich die Realisierung aber weiter verzögern.

■ Als Appetithäppchen für zukünftiges Baden bzw. Plantschen in der Würm ist im September 2005 ein **Kneippbecken** auf der Höhe der Servetstraße in Allach entstanden, das durch die Fördergesellschaft für Landespflege in Bayern e.V. und die Stadt Bad Wörishofen finanziell unterstützt wurde.

■ Der von uns angeregte **kulturhistorische Lehrpfad** an der Würm und/oder den barocken Kanälen konnte zwar aus Kostengründen nicht realisiert werden. Dafür entstand 2005 eine sehr ansprechende Broschüre „Kulturlandschaft Würm“, die mittlerweile in der 2. Auflage vertrieben wird, da die



Auwaldlandschaft an der Würm

Foto: Brigitte Weiß, Erhard Weidl.

erste Auflage von 5.000 Stück schnell vergriffen war. Darüber hinaus war Pasing-Obermenzing Pilotstadtviertel für die Kultur-Geschichtspfade des Kulturreferates, bei denen es einige inhaltliche Überschneidungen gab.

Anträge in der Warteschleife

Einige Anträge befinden sich noch in der Warteschleife

■ Die Forderung nach **Erhalt und Verbesserung der Grünverbindung und der Sichtbezüge am Würmkanal Richtung Nymphenburg** war v.a. wegen der Planungen zu Hauptbahnhof-Laim-Pasing und der ICE-Trasse nach Ingolstadt laut geworden und zeigte drei Problemorte auf: Beeinträchtigung der Sichtachse durch den Lärmschutz an der ICE-Trasse, Vorfeld der Pippinger Kirche und der Abschnitt im Bereich Pasing Bahnhof. Dieser Antrag verschwand in den Tiefen des Planungsreferates. Nach telefonischer Rückfrage wurde geklärt, dass keine Doktorarbeit zur Behandlung unseres Antrages nötig ist, sondern dass es genügt, den Sachstand zu den drei Problempunkten darzustellen. Dies soll demnächst geschehen.

■ Die Verbesserung und gestalterische **Aufwertung der Fuß- und Radwegeverbindung an der Behringstraße in Allach** gestaltet sich schwierig, da dafür das Gewerbegebiet auf dem Behrgelände neu geordnet und erschlossen werden muss. Im Juli 2003 gab das Planungsreferat den Zwischenstand, dass der Bebauungsplan aus finanziellen Gründen nicht aufgegriffen wird. Die Lokalbaukommission soll bauaufsichtlich gegen ungenehmigte Nutzungen einschreiten. Nach unserem Änderungsantrag soll der Bebauungsplan nur „derzeit“ nicht verfolgt werden. Außerdem wurde das Baureferat gebeten, einen Rad- und Fußweg mit wassergebundener Decke zu realisieren.

Der grüne Antrag bleibt also aufgegriffen. Unabhängig davon prüft das Kreisverwaltungsreferat aufgrund eines grünen Antrages zu Fahrradstraßen, ob die Behringstraße aufgrund ihrer hohen Bedeutung für den Radverkehr als Fahrradstraße (Bevorrechtigung von Radfahrern) ausgewiesen werden kann.



Foto: Brigitte Weiß, Erhard Weidl.

Blick auf die Blütenburg

Renaturierung Höhe Allacher Straße

Das Baureferat/Gartenbau renaturierte im Jahr 2004 in Allach/Untermenzing (Höhe Allacher Straße) einen 150 m langen Würmabschnitt, indem ein zweiter Gewässerarm angelegt und die Ufer abgeflacht wurden. Dadurch ist die Würm besser zugänglich, und die dadurch entstandene Insel kann sich als Biotop entwickeln. Leider scheiterte im Februar 2006 die Errichtung einer Fuß- und Radwegbrücke am Widerstand der Grundbesitzer eines kleinen Teils des westlichen Würmufers. Diese Brücke könnte die Allacher Straße im Osten mit der Würm-parallelen Behringstraße im Westen (Hauptradroute im der Würmgrünzug) verbinden.

Baden in der Würm

Lange waren die Würmbäder sehr beliebt, bis ihnen vor etwa 50 Jahren andere Naherholungsziele in Münchner Umland den Rang abliefen. Seit 1972 besteht ein Badeverbot, da die Würm in ihrem engen Bett sehr reißend ist. Darüber hinaus wurden bisher die Grenz- und Leitwerte zur bakteriellen Belastung der EG-Badegewässer-Richtlinie zu häufig überschritten, so dass das Baden auch aus hygienischen Gründen nicht angeraten war. Im Januar 2002 beschloss der Umweltausschuss, dass die Stadt München ähnlich wie bei der Isar, die Zusammenarbeit der Würmanliegergemeinden an-

regen soll, mit dem Ziel bis zur BUGA 2005 die Badewasserqualität zu erreichen. Dazu wurde auch eine Koordinationsgruppe der anliegenden Gemeinden, des Umweltministeriums und des Wasserwirtschaftsamtes gegründet, die gezielt Ursachen für die Verschmutzung ermitteln und möglichst beseitigen sollte. Mit dem Einbau einer UV-Bestrahlung an der Kläranlage in Starnberg und weiteren kleinen Verbesserungen bei Einleitungen wurde die Wasserqualität bis ins Stadtgebiet München erheblich verbessert. Bei den letzten Messungen wurde die Badegewässer-Richtlinie überwiegend eingehalten, so dass das Plantschen an den flacheren Stellen unbedenklich wird. Sollte diese Verbesserung von Dauer sein, wäre zu überlegen, das Badeverbot an der Würm, ggf. an ausgewiesenen Stellen, aufzuheben. Fazit: An der Würm ist in den letzten Jahren - nicht zuletzt auch auf unsere Anträge hin - sehr viel Positives passiert, was auch mit der Broschüre „Kulturlandschaft Würm“ an der Hand bzw. in der Satteltasche eine Besichtigung wert ist. Wichtigste Projekte in der nächsten Zeit sind die umstrittene Renaturierung an der Mergenthaler Straße und die Aufwertung der Grünflächen im Pasinger Zentrum (Höhe Manzinger Straße und westlich des Pasinger Bahnhofes). Darüber hinaus werden wir uns der schleichenden Versiegelung durch Nachverdichtung in den anliegenden Siedlungsgebieten annehmen.

Alexandra Weiß

20 JAHRE NACH TSCHERNOBYL

Die Risiken der Kernenergie sind unbeherrschbar

Die Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat exemplarisch gezeigt: Gegen den massiven Austritt von Radioaktivität nach einem Reaktorunfall gibt es keinen Schutz .

Am 29. April 1986 wurde das Atomreaktorunglück von Tschernobyl in den Medien bekannt – und damit auch für die Münchner das beherrschende Thema. In der **Grünen Mamba** vom Juni 1986 heißt es: „Ab dem 29. April, die Tage nach dem GAU in Tschernobyl, standen in der Fraktion der GRÜNEN/ALM die Telefone nicht mehr still. An die hundert Anrufe erreichten die Fraktion pro Tag...eines war allen Anrufen gemeinsam: Den offiziellen Beschwichtigungen und Grenzwerten traute niemand.“

So schnell es ging, baute die Fraktion damals ein Netzwerk mit Umwelt- und Anti-Atom-Gruppen auf, die in der Lage waren, eigene Messungen durchzuführen. Das Misstrauen gegenüber der Bayerischen Staatsregierung hatte einen Grund: Der Freistaat wollte damals auf Biegen und Brechen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf durchsetzen. Die Atomkatastrophe von Tschernobyl kam da zum ungünstigsten Zeitpunkt. Deswegen wurden offiziell Grenzwerte genannt – zum Beispiel 500 Becquerel (bc) pro Liter Milch – die beruhigend wirken sollten, da sie so hoch angesetzt waren, dass sie kaum erreicht wurden. Doch die Aufregung in der Bevölkerung dämpften sie keineswegs.

Schnell wurde deutlich, was wirklich geschehen war: Eine radioaktive Wolke hatte große Teile Bayerns – und Münchens – erreicht und, unterschiedlich intensiv, große Flächen radioaktiv verstrahlt. Und dagegen gab es keinen Schutz.

Die Grün-alternative Stadtratsfraktion hat damals bereits am 30. April 1986 einen Dringlichkeitsantrag in den Stadtrat eingebracht, der sofortige Gegenmaßnahmen forderte – was damals alle anderen Parteien aber noch als übertrieben ansahen.

In einer großangelegten Kampagne stellte die Fraktion in den folgenden Tagen übergreifend für alle Bereiche Anträge, die zumindest die Folgen des GAU eingedämmt hätten. So forderte die Fraktion sofort, „alle öffentlichen Kinderspielplätze zu schließen, bis die Belastung des Bodens – insbesondere des Sandes – gemessen wurde. Auch bei kleinsten Belastungen des Sandes wird dieser unverzüglich ausgetauscht. Auch Schulhöfe und Sportanlagen sollen gemessen werden...Lebensmittelgeschäfte werden angewiesen, Obst und Gemüse nicht mehr im Freien zum Verkauf anzubieten....Eine Untersuchung der nach München gelieferten Frischmilch ist zu gewährleisten...Das Kreisverwal-

phengebiet verwandelt.

Nur zögerlich reagierten der damalige Oberbürgermeister Kronawitter und die Stadtverwaltung. Außer der Schaltung von drei Telefonen beim Kreisverwaltungsreferat ließen Maßnahmen und Warnhinweise zunächst auf sich warten. Schließungen von Spielplätzen oder Liegewiesen sowieso. Die konkreteste Maßnahme war der Dauereinsatz des Münchner ABC-Zuges der Feuerwehr, der damit beauftragt wurde Flächen und Plätze zu säubern.

Die falsche Informationspolitik der Sowjetunion, aber auch von Bundes- und Landesregierung, die sofort bemerkten, dass Tschernobyl der Hebel der Atomkraftgegner gegen das bundesdeutsche Atomprogramm werden würde,

führte dazu, dass viele die radioaktive Belastung ignorierten. Das Wochenende vom 3./4. Mai 1986 war ein heißes und sonniges Wochenende. Wie schon zum 1. Mai strömten die MünchnerInnen ins Freie, auf die Liegewiesen an der Isar und im Englischen Garten – und unter der Schirmherrschaft des OB fand ein Stadtmarathon mit 7.000 TeilnehmerInnen statt, die sich bei schönem Wetter die Lungen mit Strontium, Cäsium und Jod 131 vollpumpten – wie sich später herausstellte an dem Tag mit den höchsten Luftbelastungswerten. Als das Problem endlich ernst genommen wurde, reagierten die Menschen teilweise panisch dar-

auf. Eltern kauften H-Milch mit Herstellungsdatum vor dem 26. April 2006, andere, die es sich leisten konnten, verreisten mit ihren Kleinkindern nach Italien und Spanien in der Hoffnung, der atomaren Wolke und dem entsprechenden Niederschlag zu entkommen.

Schließlich behielten man sich damit, die Äcker unterzupflügen um die atomare Belastung wenigstens von der Oberfläche zu entfernen – und sie damit über Jahrzehnte im Boden zu haben. Der Sand in den städtischen Kinderspielplätzen wurde sukzessive ausgetauscht. Ansonsten blieb nichts anderes übrig, als sich an belastete Milch, belastetes Gemüse und belastetes



Erinnerungstafel an das Dorf Tscherneau nahe Tschernobyl, dessen 81 Einwohner 1986 umgesiedelt wurden. 415 Dörfer wurden komplett evakuiert, die Häuser zum Teil in Gruben geschoben und mit Erde bedeckt um die Ausbreitung der Radioaktivität zu verhindern.

tungsreferat soll ein Flugblatt erstellen, in dem auf die besondere Gefährdung von Kleinkindern durch Kontakt zu Sand, Regenwasser und Erdreich hingewiesen wird...die Bevölkerung wird vor dem Verzehr selbstgezogenen Gemüses gewarnt....die Belastung des Münchner Trinkwassers ist zu benennen....die Belastung der Tiere im Münchner Schlacht- und Viehhof ist regelmäßig zu kontrollieren.“

Dieser kleine Ausschnitt aus den Aktivitäten von damals zeigt, wie stark eine Katastrophe wie Tschernobyl alle Bereiche des täglichen Lebens erfasst – und wie eine radioaktive Wolke jedes Gebiet das sie erreicht in ein Katastro-

Fleisch zu gewöhnen. Noch heute, im Jahr 2006 lässt sich die Katastrophe von Tschernobyl in verschiedenen Lebensmitteln (Pilze, Wildschwein etc.) nachweisen.

Diese Zeit des Ausnahmezustandes hat deutlich gemacht, dass die Folgen einer atomaren Katastrophe in einem Kernkraftwerk nicht beherrschbar sind – selbst wenn es mehr als 2000 Kilometer entfernt ist. Ein Unfall in einem bundesdeutschen Atomkraftwerk, der zur Freisetzung radioaktiver Materialien führen würde, würde die BRD in eine Katastrophe führen, so wie der Atomunfall in Tschernobyl bisher ca. 100.000 Menschen in der Ukraine das Leben gekostet hat – von den Erkrankungen und Spätfolgen für weitere ca. 400.000 Menschen ganz zu schweigen.

Dementsprechend hat die Fraktion der Grünen im Münchner Rathaus über viele Jahre hinweg alles versucht, die Beteiligung am städtischen Kernkraftwerk OHU II aufzugeben und in München Energie ohne Atomstrom zu produzieren - viele Jahre allein auf weiter Flur. Die SPD-Fraktion im Münchner Rathaus fand zweieinhalb Wochen nach Tschernobyl nichts dabei, gemeinsam mit der CSU weitere 235 Mio DM für den OHU II-Anteil bereitzustellen. In den Folgejahren wurden zwar Ausstiegsfahrpläne erstellt und der 25%-Anteil an OHU II wie Sauerbier zum Kauf angeboten – doch losgeworden sind wir OHU II nicht.

Auch 20 Jahre nach Tschernobyl gilt: Atomkraft ist lebensgefährlich und niemals störungsfrei und sicher beherrschbar. Atomkraft macht abhängig von knappen Rohstoffen. Atomkraft ist nur durch die jahrzehntelangen Subventionen wirtschaftlich darstellbar. Die

AKTIONEN ZUM 20. JAHRESTAG DER ATOMKATASTROPHE VON TSCHERNOBYL

Di., 25. April, 19.30 Uhr im Maxim, Landshuter Allee 33:

Die Wolke

anschließend Diskussion mit Theresa Schopper (Vorsitzende der Grünen in Bayern) und Florian Roth (Vorsitzender der Münchner Grünen).

Mi., 26. April, 10-12 Uhr Marienplatz:

Kundgebung der Münchner Grünen

Mit Schokokuss-AKW's, Dosenwerfen und Solarmobil

Mi., 26.4., 16 Uhr Infostand der GJM am Sendlinger Tor.

Andere:

Di., 18.4., 19 Uhr, im Eine Welt Haus, Schwanthalerstr. 80:

20 Jahre nach Tschernobyl - eine Liquidatorin berichtet.

Mit Natalia Manzurova, die als Radiobiologin an den „Aufräumarbeiten“ in Tschernobyl beteiligt war, und Karin Wurzbacher vom Umweltinstitut München. Eine Veranstaltung der Petra Kelly Stiftung.

So., 23. April, 11 Uhr, Altes Rathaus: Tschernobyl - nie wieder. Benefizveranstaltung der Bürger gegen Atomreaktor Garching zugunsten der Kinder von Tschernobyl. Mit Jörg Hube und Trio Infernal.

Mi., 26. April, 12 Uhr, Marienplatz: Mahnwache der Mütter gegen Atomkraft

Endlagerung des Atommülls ist nach wie vor völlig ungeklärt. Atomkraftwerke verhindern durch ihre großen Grundlastanteile eine vernünftige ökologische Modernisierung der Energieerzeugung.

Pünktlich im zwanzigsten Jahr nach Tschernobyl wollen CSU und CDU den Atomkompromiss wieder aufkündigen, der ein Abschalten der bundesdeutschen Atommeiler bis zum Jahr 2020 vorsieht. Wirtschaftsminister Glos setzt sich zunächst für eine massive Verlängerung der Laufzeiten der AKWs in Deutschland ein – mit allen ökologischen Folgen und der Verlängerung aller Gefahren, die Atommeiler darstel-

Feinstaub aktuell

Nachdem die Regierung von Oberbayern einer Erweiterung des Transitverbotes auf LKW ab 3,5 t zugestimmt hat (hier hat sich der bayerische Umweltminister Schnappauf einmal durchgesetzt) heißt es nun abwarten bis die letzten Einzelheiten geklärt sind. Klar ist, dass sich das Transitverbot auf den Mittleren Ring beziehen wird, auf dessen wichtigste Zufahrtsstraßen und auf in Frage kommende Ausweichrouten.

Mehr Wirkung kann man sich von der Einrichtung einer Umweltzone verspre-

chen, in die Autos nur einfahren dürfen, wenn sie mit Rußfiltern bestimmter Güte ausgerüstet sind. Das Bundeskabinett hat eine entsprechende Kennzeichenverordnung verabschiedet. Sie muss noch den Bundesrat passieren, was - Schwarz-Rot sei Dank! - aber in absehbarer Zukunft gelingen sollte.

Der Stadtrat hat sich bereits im letzten Sommer grundsätzlich für eine weiträumige Umweltzone in München ausgesprochen. Das Umweltreferat prüft und berechnet gegenwärtig verschiedene Modelle, darunter auch die Variante „ganzes Stadtgebiet“, die nach gegen-

wärtigem Diskussionstand im Rathaus bevorzugt wird.

Die Grünen setzen sich für eine beschleunigte Einführung der Umweltzone bereits Mitte 2007, und nicht, wie bisher geplant erst Anfang 2008 ein. Bei dem Tempo, das die Regierung von Oberbayern, die Herrin über den Münchner Luftreinhalteplan, bisher angeschlagen hat, wird das aber ein Wunsch bleiben. Angesagt wäre auch endlich die Einbeziehung der Umlandgemeinden in den Luftreinhalteplan.

M. Viellvoye

len. Vor allem die Betreiber der AKWs dürften sich dann freuen: Wäre es doch

TRANSRAPID: PLANFESTSTELLUNG BEGINNT

Ab dem 27. April werden die Planunterlagen zum Transrapid im Stadtmuseum am Jakobsplatz ausgelegt. Dort können sie bis zum 26. Mai eingesehen werden, die Frist zur Erhebung von Einwendungen gegen die Planung endet 2 Wochen später, also am 9. Juni.

Da sich sicher nicht alle Gegner des Projekts persönlich ins Stadtmuseum begeben werden, kommt es für die Grünen also darauf an, möglichst viele Mustereinwendungen unter dem Volk zu bringen, damit die breite Ablehnung, die dem Transrapid in München entgegenschlägt, im Planfeststellungsverfahren deutlich sichtbar wird. Entsprechende Vorlagen werden momentan unter Kooperation aller Beteiligten erstellt.

Am Montag, den 24. April wollen die Grünen und andere Aktive in der gesamten Region den Einwendungsflyer

an vielen verschiedenen S-Bahn-Stationen verteilen. Dazu werden viele Aktive benötigt - bitte im Stadtbüro melden! (Natürlich ist das Verteilen auch nach dem 24. noch sinnvoll). Übrigens: Auch Ausländer können Einwendungen erheben.

Am Dienstag, den 9. Mai werden die Grünen auf dem Marienplatz Stimmung gegen den Transrapid machen (voraussichtlich 13-16 Uhr).

Am Sonntag, den 21. Mai ab 11 Uhr gibt es von München und von Freising aus eine Radl-Demo entlang der Transrapidstrecke. Treffpunkt und Abschlusskundgebung in Oberschleißheim.

Für direkt von den Planungen betroffene Anwohner lohnt es sich auch, ihre Einwendungen ambitionierter zu verfassen und detailliert zu argumentieren.

Auch dazu wird es Hilfestellung vom Aktionsbündnis gegen den Transrapid geben.

Aktuelle Infos stehen im Internet unter:

<http://www.transrapid-muenchen.net/>
<http://www.contratransrapid.de/website.php>

Im Stadtrat haben die rot-grünen Mehrheitsfraktionen unterdessen die Planungen für eine Express-S-Bahn zum Flughafen abgesegnnet. Auf der Strecke der S 8 soll sie größtenteils unterirdisch fahren, braucht 25 Minuten bis zum Flughafen und kostet 625 Millionen Euro. Eine ausführliche Darstellung folgt im nächsten Heft.

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

siegfried.benker@muenchen.de

Lydia Dietrich

lydia.dietrich@muenchen.de

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Dr. Sylvia Franzl

www.hep-monatzeder.de

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis, Liane Rohen,

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Ulrike Goldstein

ulrike.goldstein@web.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 211 597 20

Judith Greif judithgreif@gmx.de

Manfred Maier manimai@web.de

www.gjm.de

In eigener Sache



Neue Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der Grün-rosa Stadtratsfraktion ist Herrad Meese, vielen Grünen als aktives Mitglied vor allem im AK Migration bekannt. Herrad Meese ersetzt Regina Schreiner, die sich jetzt erstmal ihrem Nachwuchs widmen will.

Übrigens: Regina Schreiners Schwangerschaft war in der Grünen Fraktion die dritte in einem Jahr. Die (angebliche) demographische Krise hat ihre Wurzeln definitiv nicht bei den Grünen!

Inhaber und Verleger:

Stadtratsfraktion Bündnis 90/

Die Grünen-rosa liste

Marienplatz 8

80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.),

Alexandra Weiß, Tassia Fouki,

Sabine Gehring, Herrad Meese.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit

9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag

Besengäß 4

82346 Andechs